57. Jahrgang No. 258

Berliner Volks-Zeitung

Abend-Ausgabe

Sonnabend, 5. Juni 1909

Eine tiefe Demütigung

hat gestern Preußen von Rußland aus erfahren, schlimmer als die Demütigung von Olmütz. In Rußland stand in der Duma gestern ein Gesetzentwurf zur Beratung, bei dem es sich um die Anerkennung oder Nichtanerkennung des elementarsten Grundsatzes der Religionsfreiheit handelte. Von dem Vertreter des Zarismus wurde natürlich gegen die gesetzliche Anerkennung der religiösen Gewissensfreiheit mit den abgedroschensten Phrasen orthodoxer Geistesknebungspolitik angekämpft und die gesetzliche Festlegung der Gewissensknebelung fanatisch befürwortet.

Was in vielen anderen Kulturstaaten als selbstverständlich gilt, dazu ist man in Rußland noch nicht reif: so will es Herr Stolypin, der Großinquisitor der staatlich gehätschelten russischen Orthodoxie. Und als alle seine Scheingründe versagten; als ihm nichts Haltbares zur Verteidigung seines vorsintflutlichen Standpunktes mehr einfiel; als ihm die Erdrosselung der religiösen Gewissensfreiheit mit keinem anderen Argument mehr möglich schien, da berief er sich, wie unsere Leser aus dem Petersburger Telegramm unseres heutigen Morgenblattes ersehen haben, auf das Vorbild Preußens und auf die Einrichtungen, durch die bei uns die Gewissensfreiheit beschränkt und bedrängt wird.

Die Möglichkeit dieser Berufung auf preußische Zustände zur Verhinderung eines Kulturfortschrittes, wie ihn Frankreich, England, Nordamerika und andere moderne Staaten längst gesetzlich festgelegt haben; Preußen als nachahmenswertes Beispiel angeführt für die Verleugnung der religiösen Gewissensfreiheit, als Beispiel für Rußland — das ist das Bezeichnendste für den Kulturzustand bei uns! Das ist das Bitterste, was uns seit langem begegnet ist! Hätte Stolypin aufs angestrengteste darüber nachgedacht, wie er Preußen am besten vor aller Welt herabzusetzen vermöchte, er hätte nichts Wirksameres erfinnen können, als wenn er Preußen zum Vorspann benutzte für die Verteidigung der echt — russischen Geistesknebelung, die mit ihrem ganzen abschreckenden Terrorismus unversehrt zu erhalten die ernsteste Sorge der russischen Gewalthaber ist!

Nun, auch für die Politik gilt das Naturgesetz: Man erntet nur, was man gesät hat. Darum muß sich Preußen diese Demütigung gefallen lassen.

Die Zwei Kaiser-Zusammenkunft.

Englische Beklemmungen.

Russische Blätter schreiben, der deutsche Kaiser werde bei seiner bevorstehenden Begegnung mit dem Zaren vom Reichskanzler Fürsten v. Bülow begleitet werden. Wie die „N. O. C." mitzuteilen in der Lage ist, entspricht die Mitteilung in dieser Form nicht den Tatsachen. Es steht noch nicht fest, ob der Reichskanzler Fürst v. Bülow oder der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr v. Schoen in der Begleitung des Kaisers sein wird, — die Entscheidung darüber wird im wesentlichen von der innerpolitischen Lage abhängen.

Zur Begegnung des Kaisers mit dem Zaren erklärt ein offiziöses Berliner Telegramm der „Köln. Ztg.":

In der englischen Presse wird unter Kommentaren, die von einer großen Verstimmung zeugen, behauptet, daß der Besuch Kaiser Wilhelms beim Zaren auf des Kaisers Veranlassung zurückzuführen sei, und das Reutersche Bureau beeilt sich, diese Nachricht in der ganzen Welt zu verbreiten. Diese der Wahrheit widersprechende Entstellung war vorauszusehen, da es in London, Paris und Petersburg Leute gibt, die glauben, daß Rücksichten auf England und Frankreich eine russische Initiative hätten ausschließen müssen. Gerade weil man darauf hier vorbereitet war, hat man gleich bei der ersten amtlichen Veröffentlichung über den Kaiserbesuch ausdrücklich hervorgehoben, daß die Anregung dazu vom Kaiser von Rußland ausgegangen ist. Daß dem so ist, ergibt sich übrigens aus einem ganz äußerlichen Vorgange, der zeigt, daß bei den Reiseanordnungen des Kaisers noch vor ganz kurzem nicht mit dem russischen Besuch gerechnet wurde; gerade in die Zeit, die jetzt der russische Besuch einnehmen wird, war eine Fahrt nach Hamburg gelegt, die infolge der russischen Einladung aufgegeben werden mußte. Im übrigen möchte man hier darauf verweisen, daß in der jetzt erfolgten Einladung des Kaisers zum Zaren gar nichts Absonderliches liegt, da Kaiser Nikolaus unserem Kaiser den letzten Besuch abgestattet hatte und es sich daher als ganz natürlich ergab, daß Kaiser Wilhelm, der einen Besuch schuldig war, ihn jetzt auf erfolgte Einladung erwiderte. Daß diese Einladung von Rußland erfolgte, wird von russischer Seite nicht bestritten werden.

Die nervösen Leute mögen sich beruhigen. Wie ein Telegramm aus Paris berichtet, meldet der „Matin", die wiederholt angekündigte Zusammenkunft des Kaisers Nikolaus mit dem Präsidenten Fallières werde zwischen dem 10. und 12. August in Cherbourg stattfinden.

Besuch in England.

Das deutsche Kaiserpaar geht in diesem Sommer nicht nach England. Dagegen beabsichtigen der Kronprinz und die Kronprinzessin im Monat Juli dem britischen Königspaare in Windsor einen Besuch abzustatten, zu dem König Eduard VII. bei seinem Aufenthalte in Berlin seinen Großneffen und dessen Gattin eingeladen hat.

Die Schiffseigentümer koalieren sich.

Ein Londoner Blatt meldet, infolge der häufigen Streitigkeiten mit den Dockarbeitern und den Seeleuten, hauptsächlich in den Häfen des Kontinents, habe sich während der letzten Jahre das Bestreben geltend gemacht, einen internationalen Bund der Schiffseigentümer zu gründen. Vor einigen Tagen habe in London eine Versammlung stattgefunden, der Delegierte aus Deutschland Frankreich, Rußland, Skandinavien, Belgien und Holland beiwohnten, und auf der der Bund formell ins Leben getreten sei. Es sei ein Statut beraten worden, das einer weiteren Versammlung unterbreitet werden soll, und man hoffe, die Organisation werde Ende dieses Monats ihre Wirksamkeit beginnen können.

Oesterreich kommt zur Ausstellung.

Aus Wien, 4. Juni, wird gemeldet: Freiherr v. Aehrenthal konferierte heute mit dem österreichischen und dem ungarischen Ministerpräsidenten über die Frage der Beschickung der italienischen Jubiläumsausstellung. Beide Ministerpräsidenten sprachen sich für die Beschickung aus, die in den allernächsten Tagen offiziell publiziert werden wird. — Na also!

Luftschifflinien in Frankreich.

Aus Paris meldet ein Telegramm: In der Gruppe des Senats für Flugtechnik hielt der Präsident des französischen Luftschiffahrtvereins Quinton einen Vortrag über die in Frankreich auf dem Gebiete der Luftschiffahrt erzielten Erfolge und teilte unter anderem mit, daß an die Errichtung von Luftschiffahrtslinien mit Lenkballons nach dem Osten, dem Südosten und dem Südwesten Frankreichs mit Einschaltung von Zwischenstationen gedacht werde.

Der französische Flottenskandal.

Nach einer Pariser Blättermeldung aus Brest hat die mit der Untersuchung des Mißerfolges bei dem Stapellauf des Panzers „Danton" betraute Kommission dem Marineministerium ihre Ansicht dahin ausgesprochen, daß für den künftigen Stapellauf sämtliche Vorbereitungen von neuem getroffen werden müßten; der Stapellauf werde kaum vor September stattfinden und mindestens fünfhunderttausend Francs kosten.

Eine Verschwörung gegen die Jungtürken.

Wie der „Frankfurter Zeitung" aus Belgrad gemeldet wird, erfolgten in Altserbien und Nordalbanien zahlreiche Verhaftungen albanesischer Häuptlinge und Ueberweisung der Verhafteten an das Kriegsgericht, weil man Spuren einer weitverzweigten Verschwörung gegen das jungtürkische Regime entdeckte. Die Einschätzung der Albanesen sei aber noch keineswegs gelungen. So habe sich, einer Meldung aus Djakowitza zufolge, der starke Stamm der Malisoren entschieden geweigert, die Waffen an Dschawid Pascha auszuliefern.

Internationale Inseln.

Aus Christiania wird gemeldet: In einer Darstellung der Ansichten der norwegischen Regierung über die rechtliche Regelung der Verhältnisse auf Spitzbergen und der Bäreninsel, die als Programm für eine in Christiania abzuhaltende Konferenz zur Regelung dieser Verhältnisse dienen soll, vertritt die norwegische Regierung, wie „Aftenposten" meldet, das Prinzip, daß die gegenwärtigen politischen Verhältnisse der Inseln unverändert bestehen bleiben sollen, so daß sie als zu keinem Staate gehörig betrachtet werden und für Angehörige aller Staaten offen stehen.

Paris, 5. Juni. Wie aus Toulon gemeldet wird, hat der Kreuzer „Condé" Versuche mit einem von den französischen Marineoffizieren Colin und Jeance erfundenen **Apparat für drahtlose Telephonie** gemacht und von der Station in Toulon aus auf eine Strecke von 110 Kilometern deutlich vernehmbare Mitteilungen erhalten.

Die bosnische Agrarfrage

kam gestern im österreichischen Abgeordnetenhause noch nicht zum Abschluß. Nach stundenlanger Debatte erklärte, wie aus Wien gemeldet wird, der Präsident Dr. Pattai mit Rücksicht auf die für 6 Uhr anberaumte Sitzung des Budgetausschusses die Verhandlung abbrechen zu wollen. Abgeordneter Čech stellte mit Rücksicht auf die Wichtigkeit des in Verhandlung stehenden Gegenstandes den Antrag auf Fortsetzung der Sitzung bis zur Erledigung des Antrages Eisterfic und beantragte namentliche Abstimmung hierüber.

Der Antrag Čech wurde in namentlicher Abstimmung mit 221 gegen 200 Stimmen angenommen.

Abgeordneter Dr. Laginia präzisierte unter dem lebhaften Beifall seiner Parteigenossen den Standpunkt der Südslawen und schloß seine Ausführungen mit dem Antrage auf Schluß der Debatte.

Auch über diesen Antrag wurde namentlich abgestimmt. Gleich zu Beginn der Abstimmung kam es zunächst zu einer Kontroverse zwischen dem Schriftführer Roklarz und den Deutsch-Radikalen. Da auch die anderen Parteien der Linken, insbesondere die Christlich-Sozialen, mit lebhaften ununterbrochenen Schlußrufen eingriffen, entstand ein großer Lärm, der etwa zehn Minuten anhielt. Der Präsident, der wiederholt vergeblich das Glockenzeichen gegeben hatte, sah sich nun genötigt, während der Abstimmung die Sitzung auf zwanzig Minuten zu unterbrechen.

Der Präsident wurde bei seinem Wiedererscheinen von erneuten Schlußrufen namentlich der Christlich-Sozialen und der Deutsch-Radikalen empfangen und verkündete eine Unterbrechung der Sitzung zur Abhaltung einer Obmännerkonferenz. Da er auch zwanzig Minuten später von ohrenbetäubendem Lärm empfangen wurde, schloß der Präsident die Sitzung und erklärte, die nächste im schriftlichen Wege einberufen zu wollen. Der Saal leerte sich nur langsam und die Abgeordneten blieben noch lange Zeit in erregter Besprechung in den Wandelgängen.

Eine Trauerkundgebung für Dr. Theodor Barth.

Die zu gestern abend vom demokratischen Verein Steglitz nach dem „Albrechtshof" einberufene öffentliche Volksversammlung gestaltete sich zu einer erhebenden Trauerkundgebung für den so jäh aus dem Leben gerissenen Führer der demokratischen Vereinigung, Dr. Theodor Barth. Der Versammlungsleiter, Herr R. H. Witt wies in seiner Eröffnungsansprache auf das Tragische des Umstandes hin, daß in einer Zeit, in der der Liberalismus vollständig versagt habe, der Mann dahingeschieden sei, von dem die Erneuerung des wahren Liberalismus so viel zu erwarten hatte. Die Anhänger der demokratischen Vereinigung müßten sich jetzt geloben, im Sinne Barths mit verdoppelten Kräften an der Demokratisierung Deutschlands weiter zu arbeiten.

Der Referent des Abends, Oberst Gaedke führte aus:

Das Hinscheiden Theodor Barths war für seine Anhänger und diejenigen, die ihm näherstanden, der schwerste Schlag. Es glaubt vielleicht mancher, daß an dieser Bahre die junge Bewegung, die den Liberalismus zu mannhafter Tat erwecken wollte, daß an dieser Bahre mit dem großen Führer auch der wahre Liberalismus dahingesunken sei. Aber das würde fürwahr nicht im Sinne unseres verstorbenen Führers gehandelt sein. Dann wären wir unwert, ihm gefolgt zu sein und in seiner Nähe gekämpft zu haben, wenn der Tod dieses bedeutenden und tapferen Mannes ein mutloses Geschlecht fände. In dem schweren Schlag, der uns getroffen hat, hält uns vor allem das Gefühl aufrecht, das Gefühl, dem ein Großer einst einem Großen gegenüber Ausdruck gegeben hat in den Worten: „Denn er war unser! Mag das stolze Wort den lauten Schmerz gewaltig übertönen."

Er war unser! Dieses Wort wird uns ein Leitstern sein auf dem Wege, den wir unerschüttert weiter gehen, um dem entschiedenen Liberalismus in diesem Staatswesen endlich eine Bahn zu brechen.

Für Theodor Barth war der Liberalismus mehr als eine Parteisache, er war ihm mehr als bloße Politik, er war für ihn Bekenntnis, Religion. Der entschiedene Liberalismus durchdrang sein ganzes Wesen und bildete in ihm eine Einheit; und als eine Einheit auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens erfaßte er ihn. In seinem dreißigjährigen Kampf erkannte Theodor Barth immer mehr, daß der Liberalismus auch das wirtschaftliche Gebiet durchdringen müsse, daß er ohne den sozialen Gedanken und ohne Sozialismus nicht mehr bestehen könne, und so näherte er sich dem Gedanken, den wir als seine Nachfolger hier vertreten, daß Liberalismus und Sozialismus zwei untrennbare Dinge sind; so verfocht er den Gedanken, daß auch wirtschaftliche Dinge und wirtschaftliche Vorteile nur erkämpft werden können auf politischem Wege, daß aber die Politik, die jemals den Sozialismus der Armen und Unterdrückten, die Fürsorge für die Minderbemittelten aus dem Auge verliert, nicht mehr den Namen Liberalismus und Demokratie verdient.

Wenn Theodor Barth ein entschiedener Anhänger des Freihandels war, so war er es nicht nur deswegen, weil er in dem Schutzzoll die Bevorzugung einzelner bevorrechteter Klassen gegenüber der Sorge für das ganze Volk bekämpfte, sondern weil er in dem Schutzzoll die trennende Schranke sah, die die Völker auseinandertreibt und die Annäherung der Kulturnationen, die sich auf allen Gebieten der Moral und des Wissens vollzieht, gewaltsam hindert und in bittere Feindschaft wandelt. So wurde er der überzeugte Vertreter der Friedensidee.

Noch über dem großen Politiker Barth steht mir der Mensch Theodor Barth, der Mensch aus einem Guß, der furchtlose Kämpfer, der darum den kleinen und schwachen Seelen so unangenehm war, weil ihm die Ueberzeugung sein Leben war und seine Existenz. So kämpfte Theodor Barth jederzeit für das Recht gegen die Gewalt; so trat er schon als junger Mann, als Vertreter Bremens im Bundesrat, dem allgewaltigen Bismarck entgegen, so trat er auch dem Führer der freisinnigen Volkspartei gegenüber, vor dessen Stirnrunzeln sonst die Mannen des Freisinns sich duckten, und so mußte es dahin kommen, daß, als die verhängnisvolle Blockpolitik einsetzte und die organisierten Liberalen vollends in ein falsches Fahrwasser leitete, daß er sich von ihnen trennte und, so schmerzlich es ihm auch wurde, den früheren Freunden die Fehde ansage.

Man hat ihn einen Zerstörer des Liberalismus genannt. Nichts kann falscher und widerwärtiger sein. Der Liberalismus hat sich selbst zerstört, weil er vergessen hat, daß das Volk nur von einer Politik leben kann, die wirklich die Interessen des Volkes in jedem Augenblick vertritt. So wollte er den Liberalismus einigen und zu der großen Partei heranbilden, die alle die verschiedenen Kräfte zusammenführt zu der sozialen Richtung des Liberalismus; die alles durch das Volk und alles für das Volk erkämpfen will, und die überall den Bevorzugungen der Privilegierten das Recht der Gemeinschaft und den Vorteil der Gesamtheit entgegensetzt.

In diesem Sinne war Theodor Barth nicht ein Zerstörer des Liberalismus, sondern ein Neubildner des Liberalismus. Er hat den Liberalismus vertreten, der allein in diesem Volke noch Lebenskraft hat, denn das, was heutzutage von den liberalen Parteien vertreten wird, das lockt das liberale Bürgertum nicht mehr zu mannhaftem Kampf, das treibt und hat getrieben große Schichten des Bürgertums, die ihrer Natur nach zu uns gehören, in die Arme der Reaktion.

So war Theodor Barth in der Tat ein wackerer Vorkämpfer des Liberalismus, dem wir Dank schulden, dessen Manen wir aber auch dadurch den Dank erstatten müssen, daß wir seine Ideen in das Volk hineintragen. Theodor Barth hat sich die Grabschrift gewünscht: „Dieser war ein Säemann demokratischer Ideen!" Keinem gebührt diese Grabschrift mehr als ihm, aber ich weiß noch eine andere Grabschrift für diesen schlichten Mann, der jedem Prunk abhold war, dessen Wesen die Kampfesfreudigkeit und Unverzagtheit war, wenn alles in Kleinmut verschwand und sich duckte:

„Macht nicht soviel Federlesen!
Schreibt auf meinen Leichenstein:
Dieser ist ein Mensch gewesen
Und das heißt ein Kämpfer sein!"

Wenn wir uns davon durchdringen lassen, daß uns nichts in den Schoß fällt, daß alles, was das Bürgertum erreichen und erstreben will, nur durch mannhaften Kampf erreicht werden kann, durch rücksichtslosen Kampf bis aufs Blut und bis auf den Tod dann werden wir die Fahne hochheben, die seiner sterbenden Hand entsunken ist, und dann wird der Name Theodor Barth das Panier sein, dem die Demokratie auch folgt, nachdem er in Staub zerfallen ist. Wie einst der tote Cid den Reihen der Spanier noch voranritt gegen die Mauren und im Tode noch den Sieg für sie erkämpfte, so wird auch Theodor Barth nach seinem Tode noch der Demokratie die Stunde des Sieges heranbringen helfen. In diesem Sinne tröste ich mich, und es ist der einzige Trost, aber auch ein vollgültiger, den wir in dieser Stunde haben: wir alle wollen die Reihen